



handelt Berlin im Königl. Schlosse, am 6. April 1848.  
a dem Patente Sr. Majestät des Königs vom 18. März 1848 wegen unigter Einberufung des Vereinigten Landtags erklären Allerhöchstdieselbe welche Vorschläge Sie zur Regeneration Deutschlands den deutschen Bundesgenossen zu machen entschlossen sind. Se. Majestät erklären zugleich, wie sie bei den ausgesprochenen Wünschen und Vorschlägen auf die bereitete Mitwirkung Ihrer deutschen Bundesgenossen und des deutschen Volkes rechnen, welches Sie mit Freuden durch Einverleibung Ihrer nicht zum Bunde gehörigen Provinzen in den Bund verstärken werden, wenn, wie Sie voraussetzen, deren rufene Vertreter diesen Wunsch theilen und der Bund sie aufzunehmen bereit ist.

Se. Majestät der König haben durch das Allerhöchste Propositions-Dekret vom 3. d. M. die zum deutschen Bunde gehörigen Provinzen aufgefordert, die dieselben nach ihren resp. Bevölkerungs-Verhältnissen zur deutschen, in der Zukunft in Frankfurt a. M. zusammentretenden National-Repräsentation sendenden Vertreter in abgesonderten, hier in Berlin sofort zusammentretenden Provinzial-Versammlungen zu wählen. An die Abgeordneten der Provinz Posen ist zugleich die Aufforderung ergangen, insofern sie in Folge des Patents vom 18. v. M. den Wunsch aussprechen sollten, dem deutschen Bunde einverleibt zu werden, 12 Mitglieder für die deutsche National-Vertretung zu Frankfurt a. M. zu wählen.

Die Provinzial-Stände des Großherzogthums Posen waren heute in Folge der Aufforderung des Marschalls des Vereinigten Landtags Vormittags um 9 Uhr zur Erklärung über den vorbemerkten Gegenstand zusammgetreten und es waren unter dem Vorsitz des Provinzial-Landtags-Marschalls Freiherrn v. Hiller gegenwärtig: der Fürst Wilhelm Radziwill, der Fürst Boguslaw Radziwill, der Fürst Sulkowski, die Abgeordneten: v. Reiche, v. Niegolewski, Graf Mycielski, v. Kurczewski, Graf Bninski, v. Zakrzewski, v. Taczanowski, Fellmann, v. Miszewski, v. Kraszewski, v. Niemojowski, Kämpfer, Szummann, v. Brodowski, v. Jaraczewski, Graf Heliodor Skorzewski, Graf Arnold Skorzewski, Bielefeld, Appelbaum, Rathstok, Bänisch, Kugler, Brown, Hausleutner, Eichowzewski, Sawinski, Paternowski, Gebauer, Zietzen, Steierowicz, Ziolkowski, Urban, König, Sadowski, Krause, Jordan, Dräger, Peterson, Przygodzki, Blobel.

Der Marschall eröffnete die Verhandlung mit der Anordnung, daß das Patent vom 18. März d. J. und das Propositions-Dekret vom 3. d. M. der Versammlung vorgelesen wurde, welches durch den zum Secretair ernannten Abgeordneten Brown in deutscher Sprache geschah, wonächst die speciell zur Verhandlung gehörigen Stellen der gedachten Aktenstücke durch den Abgeordneten v. Taczanowski in polnischer Sprache verständlich gemacht wurden.

Der Marschall erklärte nunmehr, daß zwei Fragen zur Diskussion zu stellen seien:

- 1) ob die Provinzial-Stände die Einverleibung des Großherzogthums Posen in den deutschen Bund wünschen und beantragen?
- 2) ob sie die Wahl der auf das Großherzogthum vertheilten 12 Vertreter für die deutsche National-Repräsentation vornehmen wollen?

Der Abgeordnete v. Kraszewski zieht zuvörderst die Competenz der Versammlung in Zweifel, und trägt darauf an, daß die Versammlung einfach erkläre, wie sie nach der bestehenden Stände-Verfassung sich nicht berechtigt erachte, über den vorliegenden Gegenstand eine Erklärung abzugeben.

Dieser Meinung wurde aber von mehreren Seiten entgegengetreten, und es giebt die Diskussion dem vorstehenden Marschall Veranlassung, die Frage zu stellen:

Hält die Versammlung sich auf Grund der bestehenden ständischen Verfassung für berechtigt, die in dem Propositions-Dekrete vom 3. April d. J. enthaltene Frage zu beantworten?

Diese Frage wurde von 40 Mitgliedern bejaht und nur von 4 Mitgliedern verneint.

Es wurde nun zur Berathung des in dem Propositions-Dekrete der Versammlung gemachten Ansinns selbst geschritten, worüber sich eine lebhaftere Diskussion entspann, und nach Beendigung welcher die Versammlung sich zur Aufstellung folgender Frage vereinigte:

Will die Versammlung den Wunsch aussprechen, daß das Großherzogthum Posen dem deutschen Bunde einverleibt werde?

Es wurde auf namentliche Abstimmung angetragen, welche hierauf stattfand und folgendes Resultat ergab:

Für die Verneinung der Frage hatten gestimmt: Fürst Wilhelm Radziwill, Fürst Sulkowski, die Abgeordneten: v. Niegolewski, Graf Mycielski, v. Kurczewski, Graf Bninski, v. Zakrzewski, v. Taczanowski, v. Miszewski, v. Kraszewski, v. Niemojowski, Szummann, v. Brodowski, v. Jaraczewski, Graf Heliodor Skorzewski, Graf Arnold Skorzewski, Kugler, Eichowzewski, Sawinski, Paternowski, Steierowicz, Ziolkowski, Sadowski, Krause, Jordan, Przygodzki.

Für die Bejahung der Frage haben gestimmt: Freiherr v. Hiller, Marschall, die Abgeordneten: v. Reiche, Kämpfer, Fellmann, Bielefeld, Appelbaum, Rathstok, Bänisch, Brown, Hausleutner, Gebauer, Zietzen, Urban, König, Dräger, Peterson, Blobel.

Auf Antrag wird noch bemerkt, daß folgende Mitglieder nicht anwesend waren: der Fürst von Thurn und Taxis, der Graf Radziwinski, die Abgeordneten: v. Potworowski, v. Rekowski, v. Brzezanski, v. Treskow, Naumann.

Die Frage über die Einverleibung des Großherzogthums Posen in den deutschen Bund ist daher von der Versammlung mit einer Majorität von 26 gegen eine Minorität von 17 abgelehnt und durch diese Abstimmung auch die Wahl von 12 Vertretern bei der deutschen National-Repräsentation zu Frankfurt a. M. in dieser Versammlung beseitigt worden.

Die Majorität motivirte ihre ablehnende Beschlußnahme in folgender Weise:

In Erwägung, daß das Volk, welches seine Nationalität nicht achtet und sein Vaterland nicht über Alles liebt, auch auf die Achtung bei andern Völkern keinen Anspruch machen kann, in Erwägung, daß wir die Polen nach dem Zeugniß der Weltgeschichte die Nationalität aller anderen Völker und deren Freiheiten nie gefährdet und daher deren Sympathien stets gewünscht und zu würdigen gewußt haben; in Erwägung ferner, daß der hohe Vereinigte Landtag in seiner Adresse an Se. Majestät den König vom 2. d. M. im Namen

Deutschlands die angeordnete nationale Reorganisation des Großherzogthums Posen mit Freuden begrüßt hat, haben wir uns als Polen und als Vertreter der überwiegend größeren Zahl der Bevölkerung des Großherzogthums Posen nach reiflicher Ueberlegung fest entschlossen, mit Bezug auf die Allerhöchste Verordnung vom 18. März d. J. und vom 3. d. M. feierlichst zu erklären:

„daß diejenigen polnischen Landestheile, welche von dem ehemaligen Herzogthum Warschau durch den Wiener Traktat mit Garantie ihrer Nationalität unter den preussischen Scepter gestellt worden sind, dem deutschen Bundesstaate nicht beitreten können, noch dürfen, weil das polnische Volk, welches dem edlen großen vereinigten deutschen Volke brüderlich die Hand reicht, dessen ihm so werthe Achtung und Sympathie verlieren müßte, wenn es so entartet wäre, daß es seine Vaterlandsliebe aufgeben und in einer fremden Nationalität zu verschwinden entschlossen sein sollte, und weil die Stände des Großherzogthums Posen mit ihren auf sämmtlichen Provinzial-Landtagen gemachten Anträgen und Beschwerden in Widerspruch gerathen würden.“

Die Minorität der Versammlung motivirte die Bejahung der Frage in folgender Weise:

„Aus den nämlichen Gründen der Nationalität, welche die Majorität geltend macht, in Erwägung, daß die deutsche Bevölkerung des Großherzogthums Posen zu der polnischen nach amtlichen Zählungen sich in Verhältniß von 5 zu 7 befindet: in Erwägung endlich, daß die dem Großherzogthum Posen garantirten nationalen Institutionen für die Deutschen nur deutsche sein können, stimmt die Minorität der Versammlung in voller Uebereinstimmung mit den Wünschen und mit den in unzähligen bereits der Staats-Regierung überreichten Petitionen ausgesprochenen Anträgen ihrer deutschen Kommittenten für die Einverleibung des Großherzogthums oder mindestens der überwiegend deutsch bevölkerten Kreise in den deutschen Bund.“

Von Seiten der Majorität wird die Richtigkeit des von der Minorität vorstehend behaupteten Bevölkerungs-Verhältnisses und der demselben zum Grunde liegenden amtlichen Zählungen bestritten.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben.  
(gez.) Bielefeld. Appelbaum. Rathstok. Bänisch Kugler. Hausleutner. Brown. Eichowzewski. Sawinski. Gebauer. Paternowski. Zietzen. Steierowicz. Ziolkowski. Urban. König. Jordan. Dräger. Peterson. Stanislaus. Przygodzki. Blobel. Frhr. v. Hiller. Aug. Sulkowski. Radziwill. v. Reiche. v. Niegolewski. A. v. Brodowski. Theodor Mycielski. J. v. Kurczewski. Bninski. Zakrzewski. v. Taczanowski. Fellmann. Miszewski. v. Kraszewski. v. Niemojowski. Kämpfer Szumanna. Julian Jaraczewski. Heliodor Skorzewski. Arnold Skorzewski.

Verhandelt Berlin, den 7. April 1848.

Am gestrigen Tage hat zufolge des Allerhöchsten Propositions-Dekrets an die zum Vereinigten Landtage versammelten Stände vom 3. d. M. die abgesonderte Versammlung der Provinzial-Stände des Großherzogthums Posen stattgefunden, in welcher darüber verhandelt worden ist:

- 1) ob die Provinzial-Stände die Einverleibung des Großherzogthums Posen in den deutschen Bund wünschen und beantragen wollen?
- 2) ob sie die Wahl der auf die Provinz Posen vertheilten zwölf Vertreter für die deutsche National-Repräsentation zu Frankfurt a. M. vornehmen wollen?

Nach Lage des über diese besondere Sitzung der Provinzial-Stände der Provinz Posen aufgenommenen Protokolls ist die erste der obigen Fragen mit einer Majorität von 26 gegen eine Minorität von 17 Stimmen verneinend beantwortet und durch diese Abstimmung auch die zweite Frage in jener Versammlung beseitigt worden.

Die Majorität der Provinzial-Stände-Versammlung besteht in Abgeordneten polnischer Nationalität, während die Minorität Deutsche sind und nur die von Deutschen bewohnten Theile der Provinz, besonders die an Westpreußen, Brandenburg und Schlessen anstossenden, ganz deutsche Grenzkreise vertreten.

Die die Minorität bildenden Abgeordneten der deutschen Bevölkerung der Provinz Posen können sich daher bei ihrem der Majorität ganz entgegengesetzten Interesse durch die Beschlußnahme derselben nicht gebunden halten, und um so weniger, als dieser Beschluß nach Lage der provinzialständischen Gesetzgebung, deshalb kein entscheidender sein kann, weil er nicht zwei Drittheile der Stimmen erhalten hat. Von dieser geleglich begründeten Ansicht bestimmt, hat sich heute die Minorität der Provinzial-Stände-Versammlung des Großherzogthums Posen zu einem die deutsche Bevölkerung und die deutschen Interessen vertretenden besonderen Konvente unter dem Vorstze des Provinzial-Landtags-Marschalls Freiherrn v. Hiller vereinigt, zu welchem erschienen waren: der Marschall Freiherr v. Hiller, die Abgeordneten v. Reiche, Fellmann, Kämpfer, Appelbaum, Rathstok, Bänisch, Brown, Hausleutner, Gebauer, Zietzen, Urban, König, Dräger, Peterson, Blobel. Der Abg. Bielefeld war nicht erschienen.

Die Versammlung erklärt nun Folgendes: Bereits unterm 3ten d. Mts. haben, mit Vollmacht von ihren resp. Kreisen und Distrikten hierzu versehen, besondere Abgeordnete des noch beim Großherzogthum Posen verbliebenen Theils des ehemaligen Neg-Distrikts, so wie die Kreise Pirnbaum, Meseritz Pomst, Fraustadt und des westlichen, die Städte Rawitsch, Earne, Wejanowo und Punitz begreifenden Gränzkreises des Kröbener Kreises, der hohen Staats-Regierung eine Erklärung dahin abgegeben: „wie die in der unendlich großen Mehrzahl deutsche Bevölkerung dieses längs an Westpreußen, der Neumark und Schlessen sich hinziehenden und in sich zusammenhängenden Gränz-Gebiets-Gürtels des Großherzogthums nach den heiligen und unverfährbaren Rechten der Nationalität, als ein unmittelbar das deutsche Bundesgebiet begrenztes deutsches Land bewohnend, dem deutschen Bunde einverleibt zu werden verlange und keiner nicht wesentlichen deutschen Verwaltungs-Behörde Folge zu leisten entschlossen sind.“

Die die Mehrzahl in dem Posener Provinzial-Landtage bildenden Abgeordneten polnischer Ursprungs haben am gestrigen Tage ausgesprochen, daß das Großherzogthum Posen in seiner Gesamtheit nicht dem deutschen Bunde beizutreten wünsche. Die Minderzahl, die deutschen Abgeordneten umfassend, muß diesen Wunsch, als den Ausdruck eines nationalen Gefühls, achten. Derselbe

kann indessen nach der Natur der Sache nur für den von einer überwiegend polnischen Bevölkerung bewohnten Theil der Provinz, dem die einen solchen Wunsch aussprechenden Abgeordneten wesentlich angehören, maßgebend sein. Die unterzeichneten deutschen Abgeordneten erklären dagegen wiederholt auf das feierlichste und bestimmteste, daß sie, in Gemäßheit des auf authentische Weise feststehenden Wunsches ihrer Kommittenten, mit dem obengedachten deutschen Gebietsgürtel dem deutschen Bunde beizutreten verlangen. Und in der Ueberzeugung, daß Deutschland eben so wenig, wie ihr deutscher König und ihre deutsche Regierung, einem so rechtmäßigen Verlangen entgegenzutreten können und werden, haben sie nach dem Verhältnisse der Bevölkerung des mehrgedachten Gebiets theils (526,900 Seelen nach Dieterici's neuesten statistischen Tabellen) für denselben sofort fünf Abgeordnete zur deutschen National-Vertretung zu wählen und zu ernennen beschlossen.

In Folge dieses einmüthigen Beschlusses schritt die Versammlung nunmehr zur Wahl. Dieselbe dehnte sich auch auf die Ernennung von fünf Stellvertretern aus, für welche letzteren die Regel festgestellt wird, daß sie nach der in dies Protokoll einzutragenden Reihenfolge, im Fall der Verhinderung eines oder mehrerer der gewählten Abg., als deutsche National-Representanten einzutreten berufen sein sollen. Das Wahl-Verfahren wurde dahin bestimmt, daß ein Jeder der Anwesenden den Namen des zu Wählenden auf einen Stimmzettel schreibt, welcher dem an Lebensjahren jüngsten Mitgliede der Versammlung, dem Abg. Peterson, einzuhändigen und von dem zum Sekretair ernannten Abg., Bürgermeister Brown, verlesen wird. Zur Vollständigkeit der Wahl ist absolute Stimmen-Mehrheit erforderlich. Den abgegebenen Stimmzetteln nach waren erwählt worden:

A. Als Abgeordnete zur Versammlung der deutschen National-Representation: der Rittergutsbesitzer, Legationsrath Heinrich Rüpfer auf Czacz, Kreis Wirßig, der Justizrath Eckert zu Bromberg, der Freigutsbesitzer Seemsdorf zu Podanin, Kreis Chodziesen, der Direktor der Königl. Realschule, Samuel Gottfried Kerst zu Meseritz, der Apotheker Wilhelm Hausleutner zu Rawicz. Ein jeder der Abgeordneten hatte die volle Stimmenzahl von 16 erhalten und war also einstimmig erwählt worden.

B. Als Stellvertreter: der Land- und Stadtgerichts-Direktor Gessler zu Schubin, der Rittergutsbesitzer v. Leipziger auf Pietronke, Kreis Chodziesen, der Bürgermeister Moriz Brown zu Meseritz, der Rittergutsbesitzer v. Schwichow auf Margoninsdorf, bei Chodziesen, der Rittergutsbesitzer v. Seidlich zu Grodke, Kreis Birnbaum.

Für den Fall, daß die Staats-Regierung, in Uebereinstimmung mit dem Allerhöchsten Propositions-Dekrete vom 3. d. M., die Vollzahl der für die Provinz Posen bestimmten deutschen National-Representanten erforderlich halten sollte, beschloß die Versammlung, noch eventualiter die zur Vollzahl von zwölf noch fehlenden sieben Abgeordneten und eben so viel Stellvertreter aus den überwiegend polnischen und mit polnischer und deutscher Bevölkerung gemischten Gebietstheilen der Provinz Posen zu wählen. Bei dieser eventuellen Wahl waren, den abgegebenen Stimmzetteln gemäß, einstimmig erwählt worden:

A. Zu Abgeordneten: der Oberst v. Brand zu Posen, der Ober-Appellationsgerichtsath Hausleutner zu Posen, der Rittergutsbesitzer v. Potworowski auf Gola, Kreis Kröben, der Baron v. Hertefeld zu Gora, Kreis Pleßchen, der Graf Wielhynski zu Köpzig, Kreis Bomst, der Rittergutsbesitzer v. Taczanowski zu Taczanow, Kreis Breschen, der Kaufmann Jakob Träger zu Posen.

B. Als Stellvertreter: der Rittergutsbesitzer Sängler zu Jarzyn, Kreis Schubin, der Land- und Stadtgerichts-Rath Neumann zu Posen, der Rittergutsbesitzer v. Jaraczewski zu Gluchowo, Kreis Kosten, der Graf Mycielski zu Choczisewice, Kreis Kröben, der Graf Pominski zu Breschen, der Kaufmann Bielefeld zu Posen, der Ober-Bürgermeister Eugen Naumann zu Posen.

Weiter war nichts zu verhandeln, daher dies Wahl-Protokoll vorgelesen, genehmigt und unterschrieben wurde.  
(gez.) Freiherr v. Hiller. Rüpfer. Fellmann. Zietzen. Brown. Dräger. Appelbaum. König. Blobel. Hausleutner. v. Reiche. Gebauer. Urban. Rathstock. Bansch. Petersohn.

**Neueste Nachrichten.**

Die neueste Nummer der Allg. Pr. Ztg. enthält über die polnische Frage folgenden bemerkenswerthen Artikel. Die polnische Frage beschäftigt fortwährend lebhaft alle Gemüther, sowohl hier, als auch im ganzen übrigen Deutschland. Die neuesten Nachrichten aus Posen geben diesem Interesse neue Nahrung, rufen aber leider auch gleichzeitig Befürchtungen ernstlicher Konflikte zwischen den legalen Behörden und den bewaffneten Schaaren hervor, die von den polnischen Comités zusammengerufen worden sind, deren friedliche Auflösung jetzt aber großen Schwierigkeiten begegnet. Noch darf freilich die Hoffnung nicht aufgegeben werden, den gesetzlichen Zustand des Landes friedlich hergestellt zu sehen; andererseits kann es nicht verhehlt werden, daß die Aussicht hierauf keine sichere ist. Von Wichtigkeit ist es daher, das preussische wie das deutsche Publikum zu überzeugen, daß unsere Regierung nichts versäumt hat, was den Landfrieden erhalten und beklagenswerthen Ereignissen vorbeugen kann, daß jede Concesssion gemacht ist, die sich mit der Rücksicht auf die Interessen Deutschlands und Preussens, die in hohem Maße hierbei betheiligte sind, vereinigen läßt. Vor Allem möge es Jedem, der etwa hieran noch zweifeln könnte, offen gesagt werden, Preußen hegt keinerlei Gedanken des Eigennuzes bei Lösung der polnischen Frage; es wird kein Gebiets-Opfer scheuen, um zur Reorganisation Polens mitzuwirken. Wenn es aber nicht um ein Stück Landes mehr oder weniger marken will, so wird es jedenfalls unerschütterlich darauf halten, daß die deutsche Nationalität auf dieser Seite nicht beeinträchtigt, die deutsche Ehre nicht gekränkt wird, deren Wächter stets und überall zu sein es als seinen ersten Beruf erkennt. Die Theile des Großherzogthums, welche wesentlich deutsch

sind, müssen und werden Deutschland und Preußen erhalten. Kann kein Zweifel obwalten. Die Insassen selbst sollen frei über ob sie deutsch oder polnisch sein wollen. So weit die Gebietsgrenzen sich darüber erst verständigt, so concentrirt sich die politische Organisation der polnischen Nationalität in demselben unter der dem Schutze Preussens vor sich gehen soll. Die Antwort scheint fast niemand, der, mag er nun Pole oder Deutscher sein, nicht von der Verblendung geschlagen ist, zweifelhaft sein zu können. Was würde, wenn man Posen, das polnische nämlich, sich selbst überlasse?

Ein sofortiger und übereilter Einfall in das Russische Polen mit zehenden Kräften, eine vorausichtlich sichere Niederlage und demnächstige Zerschlagung des Landes durch Russische Heere. Wäre selbst nicht, was keineswegs stimmt zu hoffen ist, die unmittelbare Hineinziehung Preussens und Deutschlands in den Konflikt mit Russland die Folge jener Katastrophe, so hätten in jedem Falle einen Waffenplatz von der Wichtigkeit Posen in so bedenklicher Zeit aus den Händen gegeben. Die Preussischen Ostprovinzen wären so wie abgeschnitten, die östliche Platte Deutschlands völlig entblößt. Soll die Regierung, um dem unüberlegten Verlangen einiger Hitzköpfe zu genügen, einen solchen Verrath an den Deutschen, an den polnischen Interessen begehen? Wenn aber Preußen, wie es die gegenwärtige Lage gebieterisch fordert, seine starke Hand schirmend über Posen ausstreckt, so muß es auch die Verantwortlichkeit für das tragen, was in jener Provinz geschieht, und um dieselbe übernehmen zu können, muß es im Besitz der Macht sein, thörichte Versuche schon im Keime zu ersticken. Die Bewaffnung und Zusammenziehung anarchischer und zuchtloser Haufen, wie sie jetzt stattfindet, muß daher um jeden Preis rückgängig gemacht werden. Die Organisation der polnischen Nationalität muß auf legalem Wege vor sich gehen. Der königliche Commissair, General von Willisen, ist mit aller nur möglichen Langmuth und Mäßigkeit verfahren, viele besonnene und gemäßigte Polen selbst unterstützen ihn mit ihrem ganzen Einfluß; treten trotzdem blutige Konflikte ein, so sind nur die dafür verantwortlich, deren unvernünftige Halsstarrigkeit so wohlmeinende Bestrebungen zu Schanden macht, aber nicht die Preussische Regierung, die Alles gethan hat, einem solchen Ausgange vorzubeugen, den sie selbst aufs tiefste beklagen würde. Preußen ist bereit, jedes billige Opfer zur Wiedererrichtung Polens zu bringen, aber nicht sich zur Realisirung unreifer Projekte in unabsehbare Verwickelungen mit auswärtigen Mächten zu stürzen, welche wahrscheinlich gerade diejenigen Theile Deutschlands, in denen jetzt die lebhaftesten Sympathien für die polnische Sache sich vernehmen lassen, nicht gerade in der Verfassung finden dürften, uns wirksamen Beistand zu leisten.

Breslau, den 12. April. Die hiesigen Blätter enthalten nachstehende Bekanntmachung des Ober-Präsidenten:

»Die sich immer wiederholenden Gerüchte, daß Russland eine Invasion in die diesseitigen Staaten beabsichtige, und daß zu diesem Zwecke bedeutende russische Truppenmassen an der diesseitigen Grenze zusammengezogen würden, haben mich veranlaßt, genaue Nachrichten über deren Richtigkeit einzuziehen. Nach den mir zugegangenen, völlig zuverlässigen amtlichen und außeramtlichen Nachrichten sind indeß alle derartigen Behauptungen unbegründet. Bis jetzt sind russische Truppen in ungewöhnlicher Anzahl an der diesseitigen Grenze nicht aufgestellt, und Alles, was Russland, in Folge der Ereignisse in Deutschland, bisher gethan hat, beschränkt sich auf eine schärfere Beobachtung der Grenze und eine strenge Ueberwachung des Handels- und Reiseverkehrs zwischen dem russischen Kaiser-Reiche und den diesseitigen Staaten. Unsererseits sind und werden nichtsdestoweniger alle Vorbereitungen so getroffen, daß allen Eventualitäten wirksam begegnet werden kann. Die ganze Ostgrenze von Krotoschin ab bis gegen Krakau ist durch diesseitige Truppen-Aufstellungen beobachtet und gegen jeden unvermutheten Handstreich gesichert. Um aber jeden ernstlichen Angriff, von welcher Seite er auch kommen sollte, mit Energie zurückweisen zu können, thut die Befestigung der Ruhe und Ordnung in unserem Staate und die Zuversicht auf die zweckentsprechenden Anordnungen der Behörden vor Allem Noth. Ich vertraue, daß die Einwohner der Provinz Schlesien zur Erreichung dieses Zweckes mit allen Kräften mitwirken werden.

Breslau, den 11. April 1848.  
Der Ober-Präsident der Provinz Schlesien Pinder.

Hamburg, den 12. April. Die letzten Nachrichten vom Kriegsschauplatz lauten höchst betrübend:

Rendsburg ist mit Flüchtlingen angefüllt, Schleswig ist verloren. Die Dänen, die mit Uebermacht zu Eckernförde gelandet waren, haben den Sieg davon getragen. Die Flensburger Bevölkerung hat das Kieler Studentencorps verrathen; es betrug, nebst den Turnern und Jägern, 800 Mann und ist fast gänzlich aufgelaufen; die Flensburger Bürger selbst schossen aus den Fenstern auf sie. Unter den Gefallenen befinden sich 2 Rangau's, ein Reventlow u. s. w. Aller Augen sind jetzt auf die Preußen gerichtet, die vor Begierde brennen, die Dänen zu züchtigen und kaum noch von ihren Anführern zurückgehalten werden können. Der Herzog von Augustenburg ist aus Berlin zurück. Wie verlautet, soll der Preussische General v. Bonin noch einen letzten Parlatorium mit der Aufforderung zur Räumung der Stadt nach Schleswig schicken und sofort dasselbe besetzen, wenn der Aufforderung nicht gefolgt wird. Die Schleswig-Holsteiner sollen zwischen Rendsburg, Schleswig und Eckernförde wieder Posto gefaßt haben. Nach einem eben verbreiteten Gerücht soll der König von Dänemark die Räumung Schleswigs verweigert haben. Bei Schwansen stand ein Dammschiff in Flammen.